



„Im Grunde wäre es ein großes Immobiliengeschäft.“

US-Präsident Donald Trump über seine Überlegungen, die zu Dänemark gehörende autonome Arktisinsel Grönland zu kaufen



„Grönland gehört den Grönländern. Ich hoffe (...), dass das Angebot Trumps nicht ernst gemeint ist. (...) Es handelt sich um eine absurde Diskussion.“

Dänemarks Regierungschefin Mette Frederiksen gestern bei einem Besuch in Grönland zu den Überlegungen von US-Präsident Trump, Grönland zu kaufen

## Macron macht bei Treffen mit Putin Druck in Ukraine-Krise

BRÉGANÇON (dpa). Frankreichs Staatspräsident Emmanuel Macron (l.) hat gestern bei einem Treffen mit Wladimir Putin in der Mittelmeerresidenz Fort Brégançon an der französischen Riviera Druck auf seinen russischen Amtskollegen in der Ukraine-Krise ausgeübt. Macron pochte auf ein Gipfeltreffen im sogenannten Normandie-Format aus Deutschland, Frankreich, Russland und der Ukraine in den „nächsten Wochen“. Das sei sein Wunsch, sagte Macron.



nach UN-Angaben über 13.000 Menschen getötet worden. Auch Putin betonte, dass sich mit Selenskyj etwas verändern könnte.

„Wir müssen das diskutieren. Es gibt hier einige Dinge, die einen gewissen vorsichtigen Optimismus wecken.“ Russland wolle auf jeden Fall am Normandie-Format festhalten. Ein weiteres Treffen solle aber nur stattfinden, wenn konkrete Ergebnisse erreicht werden könnten. Selenskyj regiert die Ukraine seit Mai. Eines seiner Hauptversprechen im Wahlkampf war die Beendigung des blutigen Konflikts in der Ostukraine. Seit dessen Amtsantritt hat Putin bereits 2-mal mit Selenskyj über den Ukraine-Konflikt telefoniert. ◊

## Juncker nach OP nicht bei G-7-Treffen

BRÜSSEL (APA). Die Operation zur Entfernung der Gallenblase von EU-Kommissionspräsident **Jean-Claude Juncker** ist gut verlaufen. Dies teilte eine Sprecherin der EU-Behörde am Montag in Brüssel mit. Juncker befinde sich zur Genesung im Krankenhaus und dürfe seinen Ärzten zufolge nicht reisen. Er werde daher am G-7-Treffen in Biarritz am Wochenende nicht teilnehmen können, hieß es. Juncker, EU-Ratspräsident Donald Tusk und Frankreichs Staatspräsident Emmanuel Macron seien in Kontakt, um zu entscheiden, wer den scheidenden EU-Kommissionspräsidenten vertreten werde. Dem Vernehmen nach dürfte es sich nicht um die künftige Kommissionschefin Ursula von der Ley-



en handeln. Der 64-Jährige hatte am Wochenende seinen Urlaub in Österreich aus gesundheitlichen Gründen abgebrochen und war für die dringende Operation in seine Heimat Luxemburg gebracht worden. Juncker steht seit 2014 an der Spitze der Brüsseler Behörde, sein Mandat endet mit 31. Oktober. ◊

# Die Stunde der Wahrheit

ITALIEN: Was nach der Rede von Premier Conte heute passiert, ist völlig offen – Taktikspielchen der Parteien

ROM (mit). Alle Augen sind heute auf Premier Giuseppe Conte gerichtet, der dem Parlament in Rom über die Regierungskrise berichtet.

Noch unklar ist, ob sich der parteilose Regierungschef, der ab 15 Uhr im Senat sprechen wird, einer Misstrauensabstimmung unterziehen wird, wie es die Lega fordert, oder ob er zurücktritt. Damit würde er den Weg zu einem Regierungswechsel oder zu Neuwahlen ebnen.

Die 5-Sterne-Bewegung schloss gestern eine Allianz mit dem PD zur Weiterführung der Legislaturperiode aus. „Unsere Bewegung wird nie mit (Expremier Matteo) Renzi verhandeln“, versicherte Justizminister Alfonso Bonafede, der den „Cinque Stelle“ angehört. Seine Bewegung bekräftigte ihre Forderung, die Reform zur Verkleinerung des Parlaments durchzusetzen.

Der entsprechende Gesetzentwurf soll am Donnerstag vom Parlament verabschiedet werden. „Wer davor für einen Misstrauensantrag gegen Premier Giuseppe Conte stimmt, tut es, um diese Reform zu verhindern, das ist die Wahrheit“, so der zur 5-Sterne-Bewegung gehörende Minister für die Beziehungen zum Parlament, Riccardo Fraccaro. Die 5-Sterne-Bewegung sieht keine Basis mehr für eine weitere Zusammenarbeit mit dem Chef ihres Regierungspartners Lega, Matteo Salvini, den sie nicht mehr länger als vertrauenswürdigen Gesprächspartner betrachtet. Er habe sich als unseriös erwiesen, eine „beschämende Kehrtwende“ gemacht und versucht, Bedingungen zu diktieren. „Salvini hat zwischen einem Strandbesuch und dem anderen eine Krise gestartet, die wir jetzt im Parlament zu lösen versuchen, denn dort ist der Ort, wo man auf demokratische Weise Lösungen sucht“, sagte der Vizepremier und



Arbeitsminister Luigi Di Maio und Innenminister Matteo Salvini (r.)

ANSA

5-Sterne-Chef Luigi Di Maio. Die Bewegung hält dagegen an Premier Conte fest. „Conte ist ein korrekter Premier, den wir weiter unterstützen wollen“, so Di Maio. Er traf gestern mit Wirtschaftsminister Giovanni Tria zusammen, mit dem er über das Haushaltsgesetz beriet. Die 5-Sterne-Bewegung unterstrich, es sei für die italienische Wirtschaft überaus wichtig, die drohende Erhöhung der Mehrwertsteuer IVA abzuwenden. „Wir wollen um keinen Preis, dass wegen des unverantwortlichen Verhaltens der Lega die Mehrwertsteuer steigt, was verheerende Folgen für die italienischen Familien und die Unternehmen hätte“, meinte Di Maio.

PD-Chef Nicola Zingaretti unterstrich gestern, dass seine Partei die Rede von Premier Conte abwartete. Im Zuge der Konsultationen von Staatspräsident Mat-

tarella werde sich dann herausstellen, ob eine neue starke Regierung der Erneuerung möglich sei. Falls nicht, seien Neuwahlen vorzuziehen.

### Wie es weitergeht, hat jetzt Mattarella in der Hand

Innenminister und Vizepremier Matteo Salvini wehrt sich gegen eine mögliche neue Regierung unter Ausschluss seiner Lega. Die einzige Alternative zum jetzigen Kabinett aus Lega und 5-Sterne-Bewegung seien Neuwahlen. „Wer Neuwahlen fürchtet, hat offenkundig Angst, seinen Sessel zu verlieren“, kommentierte Salvini. Er drängt auf Neuwahlen im Oktober, die seine Lega zusammen mit der Forza Italia um Expremier Silvio Berlusconi zu gewinnen hofft. Nach den Wahlen würde Salvini am liebsten

selbst zum Regierungschef aufrücken, um sein Mitte-rechts-Programm durchzusetzen, in dem die Einführung der Flat Tax ein Schwerpunkt ist. Wie es mit der Regierung weitergeht, hat Staatspräsident Sergio Mattarella jetzt in der Hand. Er allein kann das Parlament auflösen und eine Neuwahl anordnen. Er kann aber auch den Auftrag erteilen, ohne Neuwahl eine neue Mehrheit zu suchen und eine Regierung zu bilden. Sollte es zu einem Misstrauensvotum über Conte kommen, will die SVP sich der Stimme enthalten, erklärte Parteiobermann Philipp Achammer gestern. „Unserer Ansicht nach gibt es keinen Grund zu Neuwahlen. Wir werden Präsident Sergio Mattarella bei seinen Bemühungen unterstützen, die politische Lage zu sondieren, um Stabilität zu garantieren“, so Achammer. ◊

## EUROPA-SPLITTER

# Waldbrände und die Solidarität

ATHEN/BRÜSSEL: Griechenland fordert Hilfe an, um Feuersbrunst zu bekämpfen

Vergangene Woche litt Griechenland unter massiven Waldbränden. Evakuierungen wurden notwendig. Heiße Temperaturen und starke Winde erschwerten die Löscharbeiten. Bereits 2018 hatten solche Feuer zu mehr als 100 Todesopfern geführt. Waldbrände werden aber EU-weit klimabedingt zum Problem. Und es geht hier durchaus auch um den Norden wie die Beispiele von Schweden, Großbritannien, Irland oder Finnland zeigen. 2018 gab es in 22 EU-Mitgliedstaaten Brände, die mehr als 30 Hektar Wald zerstörten. Insgesamt fielen 2018 über 135.000 Hektar Wald Bränden zum Opfer. Hunderte Feuerwehreinheiten waren diese Woche in Griechenland im Einsatz, einschließlich 7 Flugzeugen und 9 Helikoptern. Angesichts des Ausmaßes der Brände hat Griechenland um europäische Hilfe angesucht. Italien und Spanien stellten Flugzeuge der Feuerwehr und schickten diese nach Griechenland. Weiters wurde das Notfallmanagementsystem „Copernicus“ der



Ein Löschhubschrauber lässt bei einem Waldbrand Wasser ab. APA/afp

EU aktiviert, um Satellitenfotos zu erstellen und die Lage voll zu erfassen. Tatsächlich sind fast 40 Prozent der Einsätze des Europäischen Katastrophenschutzsystems auf Waldbrände zurückzuführen. Waldbrände sind somit eine Naturgefahr an der europäische Solidarität auf sehr praktische Weise sichtbar wird. Allein im Jahr 2018 wurde der EU-Katastrophenschutzmechanismus 5-mal aktiviert: 2-mal von Schweden und je einmal von Griechen-

land, Lettland und Portugal. 15 Flugzeuge, 6 Helikopter und 400 Feuerwehrmänner samt 69 Fahrzeugen wurden diesen Ländern seitens der EU zur Hilfe gestellt.

### EU-Notfallzentrum steht 24 Stunden am Tag, 7 Tage in der Woche bereit

Das „Copernicus“-Satellitenprogramm erstellte 139 Lageinschätzungen, um Waldbrände zu beobachten. ◊

Das Katastrophenschutzsystem „rescEU“ wird von der Europäischen Kommission verwaltet. Wenn das Ausmaß eines Notfalls die nationalen Reaktionskapazitäten übersteigt, ermöglicht das EU-Katastrophenschutzverfahren eine koordinierte Unterstützung des betroffenen Landes. Die EU-Mitgliedstaaten (und weitere 6 Staaten) tauschen ihre nationalen Präventions- und Vorsorgestrategien aus, um mögliche Lücken bei der Reaktion auf Katastrophen zu identifizieren und zu beseitigen.

Die EU ergänzt die nationalen Kapazitäten und finanziert Reparatur, Anpassung, Transport und Betriebskosten. Seit Mai 2013 existiert ein Notfall-Koordinierungszentrum (ERCC), das 24 Stunden am Tag, 7 Tage in der Woche bereit steht. Sobald Hilfe angefordert wird unterstützen sich die Staaten mit Ausrüstung, Experten und Spezialteams. Seit seiner Gründung im Jahr 2001 wurde der EU-Zivilschutzmechanismus über 300-mal in Anspruch genommen. ◊

## 5 FRAGEN AN ...

### ... Gabriel N. Toggenburg\*



#### „Dolomiten“: Wer nimmt am EU-Zivilschutzmechanismus teil?

Toggenburg: Die EU-Mitgliedstaaten, aber auch Norwegen, Island und Liechtenstein, Nordmazedonien, Montenegro und die Türkei.

#### „D“: Also kein reiner EU-Mechanismus?

Toggenburg: Schon. Die erwähnten Länder spielen auch in anderen EU-Bereichen eine Rolle. Der Mechanismus wird auch Drittländern gegenüber angewandt, z. B. beim Ebola-Ausbruch in Afrika 2014 oder dem Erdbeben in Nepal 2015.

#### „D“: Symbolisiert der Mechanismus den Zusammenhalt in der EU?

Toggenburg: Ja. Sich gegenseitig in der Not einstehen ist ja der Inbegriff an gelebter Loyalität. Ein anderer konkreter Aus-

fluss dieses Zusammenstehens ist der 2011 eingerichtete EU-Solidaritätsfonds. Er ermöglicht, einem Mitgliedstaat bei der Bewältigung der Schäden einer Naturkatastrophe finanziell beizustehen.

#### „D“: Die deutsche Verfassung kennt die „Bundesstreue“. Gibt es so etwas in der EU?

Toggenburg: Durchaus. Artikel 4 des EU-Vertrags spricht von einem Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit. Demnach müssen sich der Staatenverbund der EU als auch die Mitgliedstaaten gegenseitig unterstützen, um zusammen stärker zu sein als alleine.

#### „D“: Bilden die 28 Mitgliedstaaten eine Art Familienverband?

Toggenburg: Aus der Sicht klassischer internationaler Beziehungen gesehen ganz sicher! Doch im Vergleich zu einem Bundesstaat ist dieser Zusammenhalt fragil. Der Rütlichschwur der EU ist umkehrbar und insofern ein Pflanz, die gegossen werden muss. ◊

\* Honorarprofessor für EU-Recht und Menschenrechtsschutz an der Universität Graz.